

# Mehr demokratische Beteiligung durch fakultative Referenden

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

zukünftig sollen Sie die Möglichkeit erhalten, über Gesetze zu entscheiden, die der Landtag beschlossen hat. Der Hebel dafür ist das so genannte fakultative Referendum. Verabschiedet der Landtag ein Gesetz, können 50.000 wahlberechtigte Bürger innerhalb von 100 Tagen eine Volksabstimmung darüber beantragen. Wenn die Mehrheit der Abstimmenden und mindestens ein Viertel der Wahlberechtigten gegen das Gesetz stimmt, tritt es nicht in Kraft. Der Landtag hat allerdings die Möglichkeit, ein überarbeitetes Gesetz mit zur Abstimmung zu stellen.

Für das fakultative Referendum muss die Landesverfassung geändert werden. Stimmt der Landtag mit Zweidrittelmehrheit zu, wäre Thüringen Vorreiter beim Ausbau politischer Beteiligung in Deutschland. Wir sind davon überzeugt, dass die neue Möglichkeit dem Landtag, der politischen Kultur und den Bürgern gut tut. Statt einfach „durchzuregieren“, muss Politik intensiver begründet werden. Ich bin sicher: Das fördert die Auseinandersetzung mit politischen Sachfragen und ist ein Mittel gegen Populismus.



Mit freundlichen Grüßen

**Mike Mohring**  
Fraktionsvorsitzender



**Manfred Scherer**  
Justizpolitischer Sprecher



# ➤ DAFÜR setzen WIR uns ein!



## Was ist ein fakultatives Referendum?

- Das fakultative Referendum ermöglicht den Bürgern, einen Volksentscheid über ein zuvor bereits im Parlament beschlossenes Gesetz zu beantragen. 50.000 Wahlberechtigte sollen künftig innerhalb von 100 Tagen nach der Veröffentlichung eines Gesetzes einen Volksentscheid darüber herbeiführen können.
- Beim Volksentscheid entscheidet die Mehrheit. Dabei muss jedoch mindestens ein Viertel der Wahlberechtigten gegen das beanstandete Gesetz stimmen. Ist klar, dass es zu einem Volksentscheid kommt, hat der Landtag die Möglichkeit, ein überarbeitetes Gesetz mit zur Abstimmung zu stellen.

## Was sind die Vorteile?

- Nicht selten haben die Bürger den Eindruck, dass die Politik über ihre Interessen und Einwände einfach hinweggeht. Das ist Wasser auf die Mühlen der Populisten. Dem wollen wir mehr demokratische Beteiligung entgegenzusetzen.
- Das Verfahren zwingt den Gesetzgeber von vornherein zu noch mehr Sorgfalt und zur Suche nach möglichst breiten Mehrheiten. Einwände müssen aufgenommen werden, um das Risiko eines Volksentscheids zu mindern.
- Die Bürger erhalten ein Instrument, um zwischen den Wahlen dem Gesetzgeber auf die Finger zu schauen. Beschlossene Gesetze über besonders strittige und kontrovers diskutierte Themen könnten durch die Bürger zurückgewiesen, aber auch bestätigt werden.
- Durch die Möglichkeit, ein verbessertes Gesetz mit zur Abstimmung zu stellen, kann der Landtag zeigen, dass er die Einwände der Bürger aufgegriffen hat.

